



Medienmitteilung

Zürich, 18.09.2025

Beschlüsse der Kommissionen

KBIK: Kanton schöpft Möglichkeiten beim Inkasso der Alimentenbevorschussung aus

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Einzelinitiative (EI) «Erhöhung Rückzahlungsquote Alimentenbevorschussung» abzulehnen ([KR-Nr. 29/2024](#)). Mit der vom Kantonsrat mit 78 Stimmen vorläufig unterstützten EI forderte eine Person aus Bülach angesichts der hohen finanziellen Belastung der Gemeinden Massnahmen des Kantons zur Erhöhung der Rückzahlungsquote bei der Alimentenbevorschussung. Es zeigte sich, dass sich die Rückzahlungsquote bei den bevorschussten Alimenten entgegen den Annahmen der Initiative in den letzten Jahren nie höher als bei durchschnittlich 35 Prozent bewegte. Die Kommission konnte sich davon überzeugen, dass bei diesem Inkasso sogar strengere Massstäbe angelegt werden als bei demjenigen von Steuern.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

KBIK: Projekt «Med500+» soll 270 zusätzliche Studienplätze bringen

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das dringliche Postulat betreffend «Schaffung 500 Studienplätze für Humanmedizinerinnen und Humanmediziner bis 2028» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 332/2024](#)). Mit dem Vorstoss verlangten Mitte, FDP, GLP, SP und SVP, die Anzahl Studienplätze in der Humanmedizin bis 2028 um 500 Plätze zu erhöhen und im Bericht die nötigen Anpassungen im Stundenplan aufzuzeigen. Das von der Universität Zürich (UZH) aufgelegte Projekt «Med500+» soll ab dem Herbstsemester 2030 270 zusätzliche Studienplätze in der Humanmedizin bringen. Damit gehe die UZH an die Grenzen dessen, was unter qualitativem, organisatorischem und finanziellem Aspekt vertretbar sei. Das anzupassende Curriculum soll eine exzellente Ausbildung auch bei hohen Studierendenzahlen sichern, und der Klinikbezug soll früher erfolgen als bisher. Die KBIK begrüsst das Projekt.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

WAK: Sonderförderung der Dunklen Biene ist nicht zielführend

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von AL, FDP, GLP und Grünen betreffend «Förderung der Dunklen Biene» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 439/2020](#)). Mit dem Vorstoss wurde die Prüfung von Massnahmen für die Förderung der Dunklen Biene, der einheimischen Honigbiene, gefordert. Der Regierungsrat hielt fest, dass die auch als Nutztier gehaltene Dunkle Biene nicht akut vom Aussterben bedroht ist. Eine Erhöhung des Anteils gehaltener Dunkler Bienen sei aber wegen der in den Beständen zu erwartenden Hybridisierung nicht zielführend. Für eine Förderung der Dunklen Biene als Wildtierart fehlten wiederum die dafür geeigneten Gebiete mit topografischer Isolation. Von einer spezifischen Förderung der Dunklen Biene innerhalb des Kantons will der Regierungsrat denn auch absehen und verweist stattdessen



auf die laufende Umsetzung des kantonalen Bienenkonzepts. Damit zeigt die WAK sich einverstanden.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

WAK: Biodiversität wird bei Verkehrsflächen bereits gefördert

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von EDU, SP, GLP, Grünen, EVP und AL betreffend «Mehr Biodiversität entlang von Velowegen, Strassenbegleitflächen und Lärmschutzwänden» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 238/2021](#)). Mit dem Vorstoss wurde um das Aufzeigen von Biodiversitätsmassnahmen entlang von Verkehrsflächen ersucht. Der Regierungsrat legte dar, wie er das Anliegen bereits umsetzt. So kommen auf Strassenbegleitflächen zunehmend schonende Mähtechniken zum Einsatz, während Strassen dank Wildtierquerungen tiergerechter werden und Ausstiegshilfen Amphibien helfen, aus dem Strassenentwässerungssystem zu finden. Ausserdem wird an weiteren Möglichkeiten zur Förderung der Biodiversität geforscht. In der WAK war die Abschreibung des Postulats unbestritten.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

JUKO: Festsetzung der Zahl der Beisitzenden der Mietgerichte für 2026–2032

Die Justizkommission (JUKO) beantragt einstimmig, die Zahl der Beisitzenden der Mietgerichte für die Amtsdauer 2026–2032 gemäss Antrag des Obergerichts festzulegen ([KR-Nr. 179/2025](#)). Bei fast allen Bezirksgerichten soll die Zahl der Beisitzenden damit unverändert bleiben. Für das Bezirksgericht Meilen wird eine Erhöhung der Beisitzenden von 10 auf 14 beantragt, da die Mietgerichtsfälle zugenommen haben.

JUKO-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

JUKO: Festsetzung der Zahl der Beisitzenden der Arbeitsgerichte für 2026–2032

Die Justizkommission (JUKO) beantragt einstimmig, die Zahl der Beisitzenden der Arbeitsgerichte für die Amtsdauer 2026–2032 gemäss Antrag des Obergerichts festzulegen ([KR-Nr. 180/2025](#)). Bei fast allen Bezirksgerichten soll die Zahl der Beisitzenden damit unverändert bleiben. Für das Bezirksgericht Dietikon wird eine Senkung von 20 auf 18 Beisitzende beantragt, weil diese nur selten bei arbeitsrechtlichen Streitigkeiten effektiv zum Einsatz kommen.

JUKO-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.